

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschnationale in Kampfstellung.

Ein Programm der Opposition.

Die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Partei haben in Berlin eine Sitzung abgehalten und Vorträge der Abgeordneten Hergt, Helfferich, Schiele und Reichert angehört. Darauf haben sie sich ermannt und eine lange Resolution beschlossen, die nichts weniger als ein Programm ihrer entschiedensten Opposition gegen das gegenwärtige Koalitionskabinett Stresemann-Robert Schmidt bedeutet. Sie behaupten, daß in der gegenwärtigen Regierung die Sozialdemokratie „offensichtlich einen übermäßigen Einfluß“ besitze, das führe zur Schwäche nach innen und Schwäche nach außen, zum Verhandeln mit den Franzosen, zur Rücksicht gegen die Kommunisten und Rücksichtslosigkeit gegen die rechtsstehenden Kreise, kurz zum Gegenteil alles dessen, was heute notwendig sei. Unter diesen Umständen sei „entschiedene Opposition die einzige wahrhaft staatsverhaltende, staatsverteidigende Einstellung“.

Um diese politische Weisheit zu begründen, formulieren die Deutschnationalen ein ausführliches Programm, das zunächst außenpolitisch „eine wahrhaft aktive Politik, aber nicht im Sinne der Sozialdemokratie und ihrer Nachläufer“ fordert. Als Beginn einer solchen aktiven Politik wird die Ausweitung der französischen und belgischen Mitglieder der Entente-Kommissionen und Vergeltungsmassregeln gegen die Gewalttaten der Besatzungstruppen verlangt, ferner die Einstellung aller Leistungen aus dem Versailler Vertrag und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht!

An die Durchführungsmöglichkeit dieser außenpolitischen Forderungen glauben die Deutschnationalen wahrscheinlich selbst nicht. Deshalb stellen sie für die Innenpolitik um so kräftigere Forderungen auf. Um ihrer Schönheit willen geben wir diese im Wortlaut wieder:

1. Die Staatsautorität im Innern ist rücksichtslos wiederherzustellen. Dazu ist vor allem nötig, nur solche Personen mit staatlichen Ämtern zu betrauen, die nach Charakter und Vorleben geeignet erscheinen, dem Staat und ihrem Amt Ansehen und Achtung bei der Bevölkerung zu verschaffen.

2. Jeder geistige und politische Terror ist zu unterdrücken. Daher sind die versaffungswidrigen Schutzzetze alsbald abzubauen. An die Stelle der politischen Willkür ist wieder das Recht zu setzen.

3. Angesichts der Abhängigkeit des Parlamentes von Massenstimmungen und der Ungeeignetheit des heutigen Kabinetts zu einer kraftvollen Politik muß in diesen Zeiten der Not eine Stelle mit außerordentlichen Machtvollkommenheiten betraut werden, die unabhängig vom Druck der Straße, der Parteien und Parteikoalitionen die zur Rettung der Ehre und Zukunft unseres Volkes erforderlichen Schritte tun kann. Sollte das Parlament die Übertragung solcher Vollmachten verweigern, so ist die Entscheidung des Volkes herbeizuführen.

4. Das deutsche Volk muß gegen kommunistische Aufruhrversuche unbedingt geschützt werden. Wir sind nicht gewohnt, uns weiterhin derartige Friedensbrüche bieten zu lassen. Wo der staatliche Schutz versagt, wird die ordnungsliebende und wirklich arbeitende Bevölkerung den Schutz ihrer Heimat und Arbeit selbst in die Hand nehmen. Dem Versuch einer zweiten Revolution werden wir rücksichtslosen Widerstand entgegensehen.

Das Programm bedeutet nichts weniger als die offene Forderung der Diktatur, die selbstverständlich in deutschnationalen Händen liegen müßte, denn jede andere Diktatur würde ja nach Ansicht der Deutschnationalen wiederum nur „Zeichen der Schwäche“ geben können. Wie sehr den Helfferich und Hergt der Kampf geschwollen ist, geht besonders aus der Wendung hervor, daß man die Diktatur durch Befragung des Volkes herbeizuführen beabsichtigt. Das heißt nichts anderes, als die demokratische Einrichtung der Volksabstimmung gegen das Volk selbst auszunutzen. Dieselben Leute, die sich bis unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Reiches mit Händen und Füßen gegen die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und gegen die Antastung ihrer Vorrechte sträubten, haben jetzt die eiserne Stirn, die demokratische Volksabstimmung zur Beseitigung der Demokratie in Anspruch zu nehmen. Den äußeren Vorwand dazu liefern ihnen selbstverständlich die Kommunisten mit ihrem blöden Gerede und ihren ebenso unsinnigen Revolutionspielereien. Unverfroren wie immer verlangen die deutschnationalen Konspiratoren in einem Atemzuge die Beseitigung der Schutzzetze, also freie Hand für ihr eigenes Treiben, und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung! Sie wissen natürlich, daß sie mit dem Kommunistenschreck alle ängstlichen Gemüter aufspalten können, weil ja ihre eigenen Parteifreunde den Kommunisten Handlangerdienste leisten.

Aus der Dreifaltigkeit, mit der die Deutschnationalen die Bewaffnung ihrer eigenen Anhänger ober, wie sie es nennen, die „Selbstverteidigung“ ankündigen, kann die Regierung erkennen, wie notwendig gerade in dieser schweren Zeit der Not eine starke Hand auch gegen die Rechtsputschisten ist. Je energischer sie sich zeigt, desto größeren Anhang wird sie bei den breiten Massen des Volkes haben.

Das um so mehr, als auch die wirtschaftspolitischen Forderungen der Deutschnationalen auf eine Unterhöhlung der finanziellen Grundlage des Reiches hinauslaufen. Zwar haben die Deutschnationalen den Steuergezetzen unter dem Eindruck der Katastrophe zugestimmt und an ihrer Gestaltung sogar regsten Anteil genommen. Aber das ist, sagt das Programm, nur geschehen, weil die Regierung Cuno — unter Helfferichs Einfluß! — noch bestand. Heute fühlt sich diese Partei nicht mehr daran gebunden und gibt die Lösung der „Nachprüfung der Steuergeetze“ aus. Zunächst wird eine „umfassende Stundung der Steuerzahlung“ gefordert, also die Entwertung der Steuerbeträge in reinster Gestalt! Ferner sollen die „rigorosen Anweisungen der Finanzämter“ schleunigst aufgehoben und die Härteparagrafen weitgehend angewendet werden.

Kurz, die ganze Steuergesetzgebung soll plötzlich verschwinden. Die Steuerpflicht und Steuerbeweis sollen weiter verdienen können, ohne sich große Sorgen um das Reich machen zu müssen. Zum Ausgleich dafür wird schließlich Einschreiten gegen „Schieber- und Prasserium“ und gegen Zuwanderung „fremdstämmiger Elemente“ aus dem Osten gefordert! Die Deutschnationalen sind opferwillig. Sie opfern hier aus den Taschen der — anderen!

Italienisch-griechischer Konflikt.

Rom, 30. August. (WZ.) Zu der Ermordung der italienischen Militärmission in Albanien veröffentlicht das Pressebureau folgende Mitteilung:

Aus den Ereignissen vor der Ermordung, aus anderen Anzeichen und Ursachen, die später erläutert werden sollen, ferner aus sämtlichen übereinstimmenden Nachrichten aus verschiedenen Quellen vom Schauplatz der Ermordung, sowie aus dem fortgesetzten Verleumdungs- und Aufreizungselzuge der griechischen Presse gegen Italien und die italienische Militärmission hat die italienische Regierung die Überzeugung gewonnen, daß die moralische und auch die materielle Verantwortung für den Mord auf die griechische Regierung fällt. Aus diesem Grunde hat der Regierungschef, in der Gewisheit, die Gefühle der Entrüstung der ganzen italienischen Nation zum Ausdruck zu bringen, den Gesandten in Athen Montagna beauftragt, Griechenland eine schriftliche Note zu überreichen, in der Italien folgendes fordert:

1. Entschuldigungen in ausführlichster amtlicher Form an die italienische Regierung, die durch die höchste griechische Militärbehörde der italienischen Gesandtschaft in Athen zu übermitteln sind.
2. Einen feierlichen Trauergottesdienst für die Opfer des Mordes in der katholischen Kirche in Athen in Gegenwart sämtlicher Regierungsmitglieder.
3. Ehrenbezeugungen für die italienische Flagge durch die griechische Flotte im Piräus vor einer Flottendivision, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck dorthin begeben wird. Diese Ehrenbezeugungen sollen bestehen in Salven von 21 Kanonenschüssen seitens der griechischen Schiffe, die während der Salven die italienische Flagge auf ihren Masten hissen sollen.
4. Die strengste Untersuchung soll von den griechischen Regierungsbeförden vorgenommen werden. Diese Untersuchung soll innerhalb fünf Tagen nach Annahme dieser Forderungen durchgeführt werden.
5. Die Todesstrafe für alle Schuldigen.
6. Eine Entschädigung von 50 Millionen italienische Lire, zahlbar innerhalb fünf Tagen nach Ueberreichung dieser Note.
7. Militärische Ehrenbezeugungen vor den Behörden der Ermordeten während der Einschiffung auf einem italienischen Schiff in Prevesa. Die italienische Regierung fordert, daß Griechenland in kürzester Frist antwortet.

Rom, 30. August. (E.V.) Wie die „Epoca“ aus Larent meldet, hat ein Teil der italienischen Kriegsstärke in Larent Befehl erhalten, die Mandore zu unterbrechen und sich sofort kriegsbereit zu machen, um jeden Augenblick in See gehen zu können. Außerdem sei ein Regiment Infanterie und Karabinier bereit gestellt worden. Der Marineminister ist aus seinem Urlaub nach Rom zurückgekehrt und hatte eine Besprechung mit Mussolini.

Die griechische Regierung entschuldigt sich.

Athen, 30. August. (U.) Die griechische Regierung hat dem italienischen Gesandten in Athen ihr Bedauern über die Ermordung des Generals Tessini ausgesprochen. Sie gab die Versicherung, daß sie die nötigen Maßnahmen ergreifen werde, um die Mörder in die Hand zu bekommen.

Katastrophale Devisenhauße.

Die Devisenhauße nahm katastrophale Dimensionen an. Schon an der New Yorker Nachtbörse ergab sich für den Dollar eine Parität von 10 Millionen Mark und auch im Berliner Devisenfreierverkehr setzte die Aufwärtsbewegung des Dollars bereits in den Abendstunden am Mittwoch in beschleunigtem Maße ein. Gegen 10 Uhr früh hörte man den Dollar mit 9 900 000, gegen 10 Uhr wurde er mit 10 500 000 genannt und gegen 12 Uhr hatte er bereits einen Kurs von 11 500 000 erreicht. Der Bedarf an Einfuhrdevisen bleibt außerordentlich groß und Verkaufsborders stehen diesen Anforderungen so gut wie gar nicht entgegen. Für wertbeständige Anleihen sowohl für die des Staates wie die der Gemeinden nimmt die Nachfrage ständig zu.

Die Absperrung des Ruhrgebiets

Von Erwin Barth.

Den Vormarsch Frankreichs und Belgiens ins Ruhrgebiet symbolisierte im Januar das Pariser „Journal“ durch eine Illustration, die Marianne zeigt, wie sie einem Deutschen mit kräftigen Fäusten den Strick um seinen Hals zieht. Das Bild sah etwas aufreizend aus. Heute wissen wir, daß der Zeichner die Entwicklung der Dinge ganz genau vorausgesehen hat.

Rhein und Ruhr sind vollständig vom Reich abgedrosselt. Die deutsche Wirtschaft ist von ihrer Hauptbetriebswerkstatt — dem Ruhrgebiet — getrennt. Nicht so getrennt, wie ein Land vom anderen getrennt ist, sondern so wie Schützengräben, Festungswälle und Drahtverhaue, wie Gefängnismauern trennen. In mancher Hinsicht noch schärfer sogar.

Für den Fernstehenden ist es schwer, alles zu glauben, was in den Zeitungen über die Vorgänge im besetzten Gebiet geschrieben steht. Es ist auch unglücklich! Der unmittelbare Beobachter weiß aber, daß die Leiden der Ruhrbevölkerung und die Niedertracht der Besatzung in den dem Fernstehenden schon unaussprechlich klingenden Zeitungsmeldungen nur angeudeutet sind.

Benn heute im besetzten Gebiet irgendwo eine Explosion stattfindet oder wenn im Garten eines Generals Sprengstoffe gefunden werden, wird die Grenze nach Deutschland für jeden Verkehr gesperrt, und jedesmal findet sich irgendein Vorwand, um die Grenzsperrung zu verlängern.

Grenzsperrung bedeutet: Verbot jeden Verkehrs von Personen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Nur Personen mit einer Spezialerlaubnis und Bässen fremder Länder, das sind nur ein paar Tausend, dürfen an den bestimmten Kontrollstellen die Grenze passieren. Die Grenze geht nicht nur durch urdeutsches Gebiet, nicht nur mitten durch Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise, sondern auch mitten durch Ortschaften, mitten durch Hausreihen, mitten die Straßenzüge entlang, mitten durch Gärten, Felder und Wiesen. Der besetzte Teil einer Ortschaft darf nicht mit dem unbesetzten Teil verkehren, die linke Straßenseite nicht mit der rechten, die Bewohner des Hauses Nr. 1 nicht mit denen des Hauses Nr. 2. Der Bauer darf vielfach nicht einmal über die Grenze zu seinen Feldern und Wiesen und zu seinen Gärten. Dieses Verbot wird durch gebaute Feldbefestigungen, in Hauswände gebrochene Schießscharten, durch Gräben, spanische Reiter, Stacheldrahtverhaue, Radfahrer- und Kavalleriepatrouillen und postierte Scharfschützen rücksichtslos wirksam gemacht. Es hilft kein Bitten und Flehen über diese Grenze. Frauen können nicht zu ihren Kindern, Männer nicht zu ihrer Familie, Arbeiter nicht zu ihrer Arbeitsstelle, Kinder nicht nach Hause, der Arzt nicht zum Kranken, die Hebamme nicht zur Wöchnerin usw. Wer die Grenze dennoch passieren will, riskiert Freiheit und Leben und Gesundheit. Viele sind ohne Schaden hinüber, viele sind abgefaßt, mißhandelt und befristet worden, und eine ganze Anzahl ist beim Grenzübergang erschossen worden.

Die erste, im Juli erfolgte vollständige Sperrung der Grenze wurde mit weniger Strenge und Rigorosität und nicht mit dem Massenaufgebot von Soldaten durchgeführt. Die gegenwärtige Grenzsperrung aber ist so scharf, daß man sich eine Steigerung kaum mehr denken kann.

Der Lebensmittelverkehr ist frei! So heißt es. In Wirklichkeit wird er durch vielerlei Schikanen erschwert. So wird z. B. jetzt Getreidekaffee nicht mehr als Lebensmittel, sondern als Genussmittel aufgefaßt und von der Einfuhr ins besetzte Gebiet ausgeschlossen. Milch darf ins besetzte Gebiet gebracht werden. Wenn jedoch der Bauer mit seinem Milchkarren am Grenzposten erscheint, wird ihm gesagt: keine Milch dürfe passieren — er jedoch dürfe nicht mit . . . usw.

Nie waren fremde Länder voneinander so rigoros getrennt, wie hier zusammenhängendes, zusammengehöriges und wirtschaftlich einheitliches deutsches Land und Volk getrennt ist. Und das mitten im Frieden unter den Augen des Völkerbundes, der Garant des Friedensvertrages, der Weltöffentlichkeit und all derer, denen der moralische Geifer sonst unendlich aus dem Munde floß und denen jetzt die Sprache eingetrocknet zu sein scheint.

Tagsüber und auch des Nachts versuchen natürlich Personen, die zu ihren Familien wollen, von denen sie seit Wochen abgeschnitten sind, die Sperrgrenze zu überschreiten. In den offiziellen Kontrollstellen werden sie unerbittlich zurückgewiesen. Sobald sie sich an anderen Stellen der Grenze nähern, wird auf sie Jagd gemacht und wird auf sie geschossen. Gefängt es ihnen, sich zu verstecken und werden sie nicht gefunden, so werden die in der Nähe liegenden Häuser durchwühlt, ihre Bewohner unter dem Verdacht, die Personen versteckt zu halten, verprügelt und als Geiseln gefangen gesetzt. Die Menschenjagden gehen oft bis in die nächsten unbesetzten Ortschaften hinein. Gefangene werden auf dem Wege zum Gefängnis, wohin sie in Trupps getrieben werden, mißhandelt und werden dann tagelang in primitiven Kellern festgesetzt. Jeden Tag werden viele hunderte Deutsche auf ihrer engsten Heimat Erde abgefangen; nur wenige haben das Glück heil durchzukommen. Und dennoch versuchen jeden Tag neue hunderte, die seit Wochen an der Grenze warten, die selbst in materieller Not sind und die die Ungewisheit über das Schicksal ihrer Familie unwiderstehlich zwingt, die bekannten Gefahren für Leben, Leib und Freiheit, die an der Grenze

Busch und Baum und selbst auf Dächern lauerten, zu mißachten. Bisweilen werden dann geflüchtete Gerichte ausgeprengt, daß die Grenze auf kurze Zeit geöffnet wird. Dann setzen sich dicke Karawanen in Bewegung und erfahren dann an der Grenze, daß sie genarrt worden sind. Ein solcher Tag der Grenzöffnung sollte der 25. August sein. Zu Tausenden strömten die lange Abgesperrten mit Kind und Kegel und Gepäck an die offiziellen Grenzdurchlässe. 500 bis 600 Meter von der Grenze entfernt stehen alle Verkehrsmittel. Frauen, alte und junge, Kinder und Greise schleppen ihr Gepäck leuchtend bis zur Kontrolle in Bradel. Dort wurden sie barsch abgewiesen. Ein dichtes Gedränge entstand. Dann wurde verläutet, daß Kinder und Mädchen mit Hängeköpfen durchgelassen würden. Frauen aller Altersklassen lösten ihre Haare auf und flochten Zöpfe. Aber nur die ganz jungen durften passieren. Die anderen wurden mit Spott zurückgeschickt. Eine Frau mit zwei kleinen Kindern, die seit der Sperrung der Grenze im unbesetzten Gebiet ausgesperrt war, hatte ihren Mann benachrichtigen können. Der stand jenseits des Stacheldrahtes. Schließlich durften die Kinderchen zum Vater hinüber und die herzzerreißend weinende Mutter blieb allein ausgesperrt und mußte einsam zurück in die Fremde. Auf wie lange? Wer weiß es?

Die englischen Befahungsbehörden erteilen Geleitbriefe zum Passieren der Grenze in liberaler Weise jedem, der gezwungen ist, aus der englischen Befahungszone ins unbesetzte Deutschland zu reisen. Da die Franzosen durch einen Streifen neubefestigten Gebietes auch die englische Zone ganz von der unmittelbaren Berührung mit dem unbesetzten deutschen Land abgeschnitten haben, müssen alle diese Reisenden französische Grenzposten passieren. Wiederholt schon hat die französische Befahung in Bohwinkel den Reisenden die mit englischem Visum versehenen Geleitbriefe zerrissen. Die englischen Behörden sind gezwungen, um den von ihnen ausgestellten Urkunden Achtung zu verschaffen, in den Zügen eigene Beamte bis nach Bohwinkel mitzuschicken und die französische Kontrolle zu überwachen. General Degoutte, der sich in Bohwinkel persönlich von der großen Anzahl englischer Geleitbriefe überzeugt hat, und der dabei feststellen konnte, daß die Grenzsperrung für die Bewohner der englischen Befahungszone so gut wie unwirksam ist, schickte besonders instruierte Offiziere nach Bohwinkel, um der „Schweineerei“ ein Ende zu machen. Sofort wurden die Anschließungsstellen an die von Elberfeld kommende Linie, auch die ins englische Gebiet führenden Gleise nach Solingen aufgerissen. Es war die Entsendung einer besonderen englischen Mission nach Bohwinkel nötig, um die Wiederherstellung dieser Linie zu erzwingen.

Unterhalb der Hohensburg sind in den vergangenen Tagen verschiedentlich geübte Schwimmer über die Ruhr gekommen, die dort die Grenze bilden. Jetzt haben die Franzosen auf dem vordersten Eckpfeiler des Nationaldenkmals einen großen Scheinwerfer aufgestellt, der nachts von oben her das Ruhrtal absucht und die Beschließung der Passanten ermöglicht.

Es muß der Wahrheit zuliebe gesagt werden, daß es viele Soldaten gibt, die bei der Ausführung ihrer Befehle nicht verfehlen, daß sie Menschen sind. Allein die erschossenen Grenzüberläufer und Grenzanhänger, die auf ihren Feldern arbeiteten, die zahllosen Mißhandlungen und die mit Schimpf und Spott an den offiziellen Uebergängen Abgewiesenen zeugen dafür, daß es mehr als genug Kerle gibt, die leicht den Fingern strömen und denen die körperliche und seelische Mißhandlung verzweifelter Menschen ein Vergnügen ist.

Gewerkschaften und Ernährungslage.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich veranlaßt gesehen, seine schon an das Kabinett Cuno gerichteten Vorschläge zur Sicherung der Ernährung zusammenzufassen und teilweise ergänzt auch dem neuen Kabinett zu unterbreiten. Sie lauten im einzelnen:

I.

1. Beseitigung bzw. Aufhebung aller etwaigen Beschränkungen und Hemmungen der freien Einfuhr von Massenernährungsmitteln.

Zeitkuriositäten.

Von Egon S. Straßburger.
Reichsbank.

Mit Gold begann die Weltgeschichte, Gold brachte sie in Bewegung, mit Gold wird sie enden.

Vor mir liegt eine Million. Hier steht verzeichnet: Eine Million Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer.

In welcher Form, wenn ich fragen darf? Früher war es Gold! Und heute in tausend Laufendmarktscheinen? In Reih? In Puhklappen, in Bons auf bessere Zeiten?

Laufendmarktscheine! Die rotgestempelten werden von liegenden Händlern höher bewertet. Um diese heute wertlosen Scheine spinnen sich kleine Märchen: das Ausland kauft sie und gebe Gold dafür!

Nun erklärt die Reichsbank, das Volk befinde sich entschieden mit seinen Märchen im Irrtum... wer damit Handel treibt und derartige Notizen zu einem den Nennwert übersteigenden Preis weitergibt, mache sich strafbar laut Gesetz vom 4. August 1914.

Das Volk wird weiter im Märchenglauben leben und Geschäfte tätigen. Man muß der absterbenden Mark auf diese Weise auf die Beine helfen.

Füchse.

Die Hausfrauen stöhnen mit Recht zum Steinerweihen. Und die Steine erreichen sich auf dem Marktplatz und beim Schlächter. Aber die flotten Kavalerjünglinge kaufen ihren Damen Weißfüchse und seidene Strümpfe, während die älteren Kavaliere den Ehefrauen das letzte Silber zum Altar der Einkaufsstellen bringen. Solche Dinge sind immerhin kurios. Umsonst arbeitet hier das logische Denken. Man kommt nicht über die Weißfüchse hinweg. Und nicht über das Dolce far niente eines Großstadtverhältnisses, das ein junger Mann mit der Fraulein (Bild) aufzieht und der kostbarsten Wäsche und sonstigen Dingen.

Kurios! Kurios!

Irrrenhaus.

Ich war vor acht Tagen im Irrenhaus, d. h. nur besuchsmäßig. Das Haus — horribile dictu — war gefüllt bis zum Dach. Die Leute konnten in dieser Zeit nicht mehr vernünftig bleiben.

Früher spielten die Kermessen (oder Glücksspiele) Könige; die Frauen waren Katharina II., Semiramis, Poliphar, Kofferin Eugenie; die Herren waren Ludwig von Bayern, Kerges, Windthorst, Napoleon, Cosenova und Goethe — heute sind die Glückseligsten alle Bankiers. Sie rasen mit Zahlen, mit Milliarden und

2. Förderung der freien Einfuhr von Kartoffeln, Weizen, Getreide, Gemüse, Eiern, Vieh und Fleisch aus Ländern mit schwacher Valuta durch Ausnutzung des Privatkredits und Kreditgewährung an gemeinnützige Gesellschaften und Unternehmungen (Kredite möglichst in Form von künstlichen Dünge- und landwirtschaftlichen Maschinen, Kalk und in Papierform).

3. Verbot jeder Verwendung von Kartoffeln und Getreide zu industriellen Zwecken (Spiritusbrennerei, Stärkefabrikation, Färbereiarbeitung usw.), solange nicht die Ernährung zu angemessenen Preisen sichergestellt ist.

4. Unbedingtes Verbot jeder Ausfuhr von Lebensmitteln mit Ausnahme der unter 5 angeführten Fälle.

5. Die Ausfuhr von Saatgut aller Art, insbesondere von Saatkartoffeln, Saatkartoffeln, Saatschoten und -erbsen und ähnliches, soweit sie überhaupt zuzulassen ist, darf nur stattfinden unter der Bedingung des Austauschs von Lebensmitteln der gleichen Art im Verhältnis nicht unter 1:2, zum Beispiel für 1 Zentner Saatkartoffeln 2 Zentner Weizenbrotgetreide, für 1 Zentner Saatkartoffeln 2 Zentner Speisekartoffeln usw.

6. Maßnahmen zur Verhinderung von Preistreibern durch die Konfervenfabriken beim Einkauf von Gemüse und Obst.

II.

Es ist zu befürchten, daß die Landwirtschaft aus begreiflicher Sorge vor weiterer Geldentwertung mit der Ablieferung ihrer Erzeugnisse nach Möglichkeit solange zurückhält, bis sie diese gegen wertbeständige Zahlungsmittel abgeben kann. Es sind daher Maßnahmen zu treffen, die ihr eine Garantie für wertbeständige Bezahlung sichern, solange entsprechende Zahlungsmittel noch nicht vorhanden sind. Eine solche Garantie wäre zum Beispiel die Befreiung mit künstlichen Düngemitteln oder Maschinen Zug um Zug, oder, soweit eine solche aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgen kann, die Gewähreistung dafür, daß der Landwirtschaft die benötigten Düngemittel und Maschinen bei einem späteren Bezuge nach dem gleichen Preisstande bewahrt werden, zu dem sie ihre Produkte abgeliefert haben.

Die Devisenablieferung.

Amlich wird verkauft: Bis zum Erlaß der Durchführungsbestimmungen zur Rotverordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände können ausländische Zahlungsmittel (nicht Wertpapiere), die den allgemeinen Ankaufbedingungen der Reichsbank entsprechen, unter ausdrücklicher Hinweis, daß die Ablieferung aus Grund der genannten Rotverordnung erfolgt, schon jetzt bei sämtlichen Reichsbankanstalten (in Berlin bei der Devisenabteilung der Reichshauptbank, Bögerstr. 34/36) unter Wahrung aller Rechte und Fristen gegen vorläufige Empfangsbefreiung abgeliefert werden. Die vorläufige Empfangsbefreiung ist nach näherer Anordnung der Durchführungsbestimmungen gegen eine endgültige Quittung auszusprechen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in der Rotverordnung in Aussicht gestellte Straffreiheit sich nicht auf den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln erstreckt, der nach dem 24. August 1923 stattgefunden hat.

Havenstein treibt zum Konflikt.

Am Mittwoch vormittag fand, wie uns mitgeteilt wird, wegen der Mahregelung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann von der Reichsbank die angekündigte Verhandlung im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Ritter statt. Von dem Bunde ausgehend, wenn irgend möglich auf einen für beide Teile gangbaren Weg zu einer Verständigung zu kommen, wurden dem Reichsarbeitsministerium von den Organisationsleitern Richtlinien über eventuelle Beilegung des Konflikts unterbreitet. Direktor Ritter übergab darauf seinerseits der Streikleitung einen Vorschlag, der besagt: Betriebsratsmitglied Großmann gibt die Erklärung ab, daß er nicht beabsichtigt habe, den Präsidenten der Reichsbank weder zu belästigen noch zu kränken. Er ist damit einverstanden, daß ein Vertrauenssotium über das weitere Verbleiben des Betriebsratsvorsitzenden Großmann in der Betriebsverwaltung entscheidet. Von der Streikleitung wurde dieser Vorschlag als Grundlage anerkannt.

Um die Reichsbankdirektion über ihre Stellungnahme zu befragen, wurde die Sitzung auf 1/5 Uhr nachmittags vertagt. Als dann die Sitzung wiederum aufgenommen wurde, erklärte Direktor Ritter, daß sein Vorschlag nicht auf Gegenliebe im Direktorium der Reichsbank gestoßen sei, daß das Direktorium vielmehr diesen Vorschlag für unannehmbar halte. Es sei nur bereit, auf eine Einigung in dieser Angelegenheit einzugehen, wenn Großmann die Erklärung abgibt, daß er von einer weiteren Beschäftigung in der Reichsbank Abstand nimmt!

Durch diese Haltung der Reichsbankdirektion ist eine weitere Verschärfung der Lage eingetreten. Die Zentralstreikleitung der Reichsbank nahm in später Abendstunde abermals zu der Situation Stellung und beschloß, sich mit den Organisationen der Rotendrucker wegen Herbeiführung einer gemeinsamen Front in Verbindung zu setzen. Dadurch wird eine außerordentliche Verschärfung der Situation geschaffen, für die einzig und allein das Reichsbankdirektorium mit dem Präsidenten Havenstein verantwortlich zu machen ist, die ihren scharfmacherischen Standpunkt unbedingt zum Durchbruch bringen wollen.

Die Erregung über die Beamtengehälter.

Von der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten wird uns geschrieben:

Fast die gesamte deutsche Presse hat sich in den letzten Tagen über die Höhe der Beamtengehälter und deren Vorausbezahlung in vielfach sehr heftiger Weise geäußert. Es besteht die Gefahr, daß dadurch eine ausgesprochen beamtenseindliche Stimmung in der Bevölkerung erzeugt wird, durch die künstlich eine neue Klüft innerhalb der Volksgemeinschaft geschaffen werden könnte. Deshalb sei hier einmal leidenschaftlos betrachtet, was in Wirklichkeit vorliegt und berechtigten Grund zur öffentlichen Kritik geben könnte.

Zunächst wird von den Kritikernden, wenigstens teilweise, selbst zugegeben, daß die Beamtengehälter trotz ihrer nominellen Höhe heute nur einen Bruchteil — in Besoldungsgruppe III: 71 Proz., in Gruppe V: 50, Gruppe VII: 41, Gruppe X: 37 und in Gruppe XIII: 35 Proz. — des Friedensgehaltes erreichen. Tatsache ist, daß ein verheirateter Beamter der Besoldungsgruppe III dritte Stufe in Berlin mit zwei Kindern ein monatliches Besoldungseinkommen für August von 74 786 280 M. (ohne Steuerabzug) bezieht. Stellt man dazu den Wochenlohn eines Berliner Maurers vom 23. bis 29. August in Höhe von 49 022 000 M. in Bergleich, so wird man von einer Ueberzahlung des Beamten sicher nicht sprechen können. Es wird dann auch die in einigen Zeitungen verbreitete Meinung, eine untere Beamtenfrau habe sich zwei Mäntel zum Preise von 65 und 85 Millionen Mark gekauft, mit gebührender Vorsicht aufgenommen werden. Die große Masse der unteren Beamten ist jedenfalls auch nach der neuesten Gehaltsregelung nicht in der Lage, auch nur die geringsten Anschaffungen zu machen. Diese ganze große Beamtenmasse hat auch von den so scharf kritisierten Vorauszahlungen der Gehälter nichts gehabt, da diese sich nur auf solche Beamte beziehen, die Rentninhaber sind. Wenn also von einer Ueberzahlung der Beamtenbeholdung auf die Inflation gesprochen wird, so sind auch hieran nur die höchst bezahlten Beamten beteiligt. Der beamtete Familienvater mit einem Monats-einkommen von knapp 70 Millionen (nach Steuerabzug) braucht jede ihm geleistete Zahlung sofort für den nötigsten Tagesbedarf und kann sich keinerlei Rücklagen bei Sparkasse oder Bank leisten. Die Vorauszahlungen des Gehaltes sind den Beamten gefählich gewährt. Durch die bereits erfolgten Einschränkungen sind aber die verfassungsgemäß geschützten, wohlverordneten Rechte der Beamten auch in dieser Beziehung bereits stark beschnitten.

Bei dieser Gelegenheit muß auch das immer mehr sich verbreitende Schlagwort von dem „ungeheuer angeschwollenen Beamtenheer“ einmal dahin berichtigt werden, daß von einer Vermehrung der Beamtenstellen nicht mehr gesprochen werden kann, da bereits seit geraumer Zeit ein steter Abbau von Stellen erfolgt. In der Zeit vom Oktober 1922 bis März 1923 sind z. B. allein auf dem Gebiete der Reichsbahnverwaltung rund 17 000 Köpfe eingespart worden, wie in einem Briefe des damaligen Reichsverkehrsministers Gröner an das Reichsfinanzministerium gemeldet wurde. Inzwischen ist dieser Abbau natürlich weiter fortgesetzt worden.

Billionen, mit Trillionen, mit Russ-Russ-Russ-Effektenstieber! Zuckerschleibung! Zahlentaumel!

Der Zahlentaumel hat sie gefaßt, genau wie uns, die wir noch klar sehen. Die Zahlen umgeben sie wie glühende Bolzen die Engelschar umgeben; aus den Zahlen wächst ihre irte Sehnsucht und diese findet den Weg zu uns, die wir bereits reif sind. . . .

Unsere Zeitsäule! Irrenhaus da wie dort.

Herr Baron.

Der Baron von B. ist ein Kavaler. Der Baron von B. erklärt mir, er sterbe ein, ohne die Hand zur Arbeit bewegt zu haben.

„Warum, Herr Baron?“ fragte ich interessiert.

„Arbeit ist Entgeißelung des Adels und das Vorrecht des Pöbels!“

„Bon!“ sagte ich, „Sie haben recht lieber Baron, entgeißeln Sie niemals.“

Der Baron verkaufte seine Familienschätze und darauf sein Bett, seine Stiefel, sein Hemd, seine Krogen und schließlich die drei Goldplomben in der hinteren Zahnpartie.

Dann assoziierte sich der Baron mit drei berüchtigten Einbrechern, die auf guten Familienverehr saßen und begann an ihrer Seite ein neues und feudales Leben.

Quintillus Varus im Alten Museum. In der Skulpturenabteilung des Alten Museums wurde eine in den Ausgrabungen von Pergamon gefundene Inschrift neu aufgestellt, die gerade heute, in der Zeit fremden Einbruchs in deutsches Land, von besonderem Interesse sein dürfte. Es ist eine Ehrengabe der Pergamener für den Leutoburger Walde 9 n. Chr. durch Arminius besetzten Römerfeldherrn Varus und lautet überfetzt: „Das Volk von Pergamon ehrt den Publius Quintillus Varus, Sohn des Septus, wegen aller seiner Tugenden“. Wie es in Wirklichkeit mit diesen Tugenden aussah, charakterisiert der Historiker Velleius mit einem Hinweis auf die Zeit, in der Varus, bevor er nach Germanien kam, Statthalter in Syrien war: „Wie wenig er ein Verdächtiger des Geldes war, bezeugt Syrien, das er verwalte hat: arm war er in das reiche Land gekommen, reich verließ er ein armes Land“. Die Vermutung liegt nahe, daß die Pergamener ebenfalls von der Geldgier des Varus bedrängt worden sind und daß sie ihr Schicksal durch äußere Ehrungen für den Bedrückter zu erleichtern gesucht haben.

Bunjen über die Entdeckung der Spektralanalyse. Die Dokumentensammlung Darmstädter in der preußischen Staatsbibliothek, die reiche Schätze zur Geschichte der Wissenschaften enthält, ist von ihrem Schöpfer in langer, mühevoller Arbeit zusammengebracht worden. Nachdem die Sammlung 1907 der Staatsbibliothek geschenkt, hat er sie unermüdlich weiter ausgebaut und besonders solche Schriftstücke zusammengebracht, in denen sich große Gelehrte selbst über ihre Entdeckungen äußern. Die Samm-

lung hat allmählich unzählige Briefe der hervorragenden Forscher und Entdecker erhalten, in denen diese selbst ihre Leistungen schildern. Als Beispiel wird in einem Artikel der „Autographen-Rundschau“ ein wichtiger Brief von Bunjen angeführt, in dem er die mit Kirchhof gemachte Entdeckung der Spektralanalyse fundiert. „Wir, Kirchhof und ich“, schreibt Bunjen hier am 16. April 1869, „haben eben eine Arbeit beendet, die uns großes Vergnügen gemacht hat. Sie betrifft eine analytisch-chemische Methode, durch welche die bisherigen Grenzen der Erkennbarkeit der Stoffe fast bis ins Unbegrenzte hinausgerückt und die Analyse auf eine einfache Fernrohrbeobachtung zurückgeführt ist. Sie haben z. B. ein Gemenge von Ka—Na—Li—Ca—Sr—Ba—Verbindungen, von jedem nur 1/100 Milligramm; Sie betrachten dieses Gemenge durch das Fernrohr unseres Apparates und sehen unmittelbar alle diese Stoffe nebeneinander mit einer Sicherheit, wie sie in der analytischen Chemie bisher niemals erreicht ist. Wären bei diesen sechs Stoffen noch einer oder mehrere andere, z. B. noch unbekannte einfache Körper, so würden auch diese sich logisch dem Auge bemerken lassen. Wir haben auf diesem Wege die Gewißheit erlangt, daß außer dem Ka, Na und Li noch ein vierter der Alkali-Gruppe angehörendes Element existiert. Diese Methode gestattet mit gleicher Sicherheit und Schärfe die irdischen Stoffe zu bestimmen, welche die Sonnenatmosphäre und die Atmosphäre der helleren Fixsterne enthält.“

Hunderose gesucht. Das französische Hofschloß Deauville ist gegenwärtig das Stelldichein der internationalen Schieberaristokratie und Bader-Elite. Die neuen und alten Ritter vom Geldebeutel verputzen hier mit ihren Weibern die mühselig erworbenen oder ergrunneten Millionen. Von der dort herrschenden „Kultur“ geben folgende Einzelheiten ein erbauendes Bild:

Die jungen Damen pflegen noch eingemommenem Bad mit ihren raffinierten Badestühlen, die sich dank der Rasse dem Körper noch fester anschmiegen und seine Formen plastischer hervorheben lassen, in den eleganten Restaurants zu sitzen. Um keine Zeit zu verlieren, lassen sie sich dabei in voller Öffentlichkeit maniküren, worauf sie sich in ihre Gemächer zurückziehen, wo sie von Maniküren und „Professoren der Schönheitstunf“ für die abendliche Lustbarkeit instandgesetzt werden. Zu dieser Lustbarkeit gehört natürlich in erster Reihe auch die Beizung in den Spielhöfen, wo in diesem Jahre Umfänge von einer Höhe erzielt werden, wie man sie nie zuvor erlebt hat. Für den Geist der diese Gesellschaft besetzt, ist eine künstliche Charakteristik, die dieser Tage durch Maueranschläge und Ankerote in der Redepresse perdrückt wurde. Die Herzogin Armstrong suchte hier eine Zofe für ihre Hunde. Die feineren organische Dame ist in der Tat mit nicht weniger als 30 Hunden in Deauville eingezogen und hat mit ihrer vierhundertköpfigen Gesellschaft im vornehmen Hotel Royal Wohnung bezogen. Die Hunde bewohnen fünf der schönsten Zimmer des Hotels und werden von drei Zofen gepflegt und bedient. Da eine dieser Zofen des Hundendienstes müde geworden war, so war die Herzogin genötigt, sie in aller Eile zu ersetzen. Wenn die 30 Hunde ihr Bad nehmen, so hat jeder seine eigene Kabine.

Eine Gesellschaftsordnung, deren Kultur derartige Blüten zeitigt, ist zum Untergange überreif.

Minister Oeser über seine Pläne.

Reichsverkehrsminister Oeser charakterisierte, wie die *IL* meldet, in einer Unterredung mit einem Berliner Journalisten die Lage der Reichsbahn und äußerte sich über seine Pläne u. a. wie folgt: „Es wäre vollkommen verfehlt, sich bei der Herstellung des Gleichgewichts auf Tarifserhöhungen zu beschränken. Allerdings darf man diese auch nicht mehr so stark wie früher vernachlässigen, und wir sind deshalb z. B. bestrebt, den Personenverkehr immer stärker dem Güterverkehr in bezug auf die Tarife anzupassen. Eine zweite Aufgabe besteht darin, die Zahlungen möglichst schnell hereinzubekommen. Wir sind dabei, das Frachtenstundungsverfahren gründlich umzubauen. Vor allen Dingen wird auch das Wertstättenwesen vollkommen neu organisiert werden. Eine schwere Hemmung bedeutet für uns der Ruhrverkehr. Bei Gelegenheit des Herbstverkehrs werden die im unbesetzten Deutschland wohnenden ruhrvertriebenen Beamten Gelegenheit haben, dem Vaterlande ihre Dienste zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Reichsbahn muß wieder ein Musterbetrieb werden und in technischer Beziehung ihre alte gediegene Stellung in der Welt wiedererlangen. Ich habe in dieser Beziehung die weitestreichenden Pläne. Der Schwerpunkt des Problems liegt für die Reichsbahn in der besseren Ausnutzung der Rohle. Es wird daran bei uns fleißig gearbeitet. Es liegen Pläne für eine Turbinenlokomotive vor. Noch mehr verspreche ich mir jedoch von der Diesellokomotive.“

Die Streikreise im Ruhrbergbau.

Essen, 30. August. (IL) Der krisenhafte Zustand im Bergbau dauert an. Heute ist in Essen der Vertreter des Staatskommissars, Weidlich, eingetroffen, der zunächst Verhandlungen mit den Zechenleitern führte. Am Abend sollen Besprechungen mit den Vertretern der Bergleute stattfinden. Auf drei Zechen ist es im Laufe des heutigen Tages zu Demonstrationen gekommen, die indessen ruhig verliefen.

Besetzungen und Erschießungen.

Dortmund, 30. August. (IL) Bei der Besetzung des Gebäudes der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft verfolgten die Franzosen den Zweck, Pläne, nach denen sie die Kolereien der Zechen Reddinghausen 1 und 2 in Gang bringen könnten, zu suchen. Nachdem sie die Pläne gefunden hatten, räumten sie das Gebäude wieder. Auch die zum Rheinlaß-Konzern gehörige Zeche „Fröhliche Morgenröte“ wurde von den Franzosen besetzt.

Nach einer Savas-Meldung aus Paris ist ein Deutscher auf der Eisenbahnstrecke Düren-Trier von einem französischen Wachtposten erschossen worden.

Wiederaufnahme des Verkehrs.

Buer, 30. August. (IL) Der Güterzugverkehr bis Westerboll ist deutschseits wieder aufgenommen worden; auch die Strecke Buer-Rord ist wieder in Betrieb. Dies ist für die Lebensmittelerzeugung des Ruhrgebiets von größter Wichtigkeit, da diese Strecke die einzige von deutscher Seite betriebene Bahn ist, die weit in das besetzte Gebiet hineinreicht und die Anfuhr nach den großen Besiedlungsmittelpunkten gestattet.

Keine Hinrichtungen im Prozeß Graf?

Paris, 30. August. (IL) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel hat sich der belgische Ministerrat gegen die Hinrichtung der im Falle Graf zum Tode verurteilten Deutschen ausgesprochen und Justizstrafen vorgeschlagen. Der Justizminister wird jetzt die Angelegenheit in diesem Sinne dem General Degoutte unterbreiten, der für die Begnadigung zuständig ist.

Das Ende des Markenbrottes.

Auf Grund des § 3 des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 vom 23. Juni d. J. hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch Verordnung vom 28. August d. J. mit Zustimmung des Reichsrats den 15. Oktober 1923 als Endtermin der öffentlichen Brotversorgung bestimmt.

575 Milliarden für Religionsgesellschaften! Zur Vinderung besonderer Lasten bei den Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, hat das Reich neuerdings Mittel in Höhe von 575 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, deren sofortige Ueberweisung dem Reichsminister des Innern veranlaßt ist. Die Gelder werden zum Teil unmittelbar an die kirchlichen Zentralen, zum Teil an die Länder zur Weiterverteilung überwiesen. Ein Fonds in Höhe von 10 Proz. verbietet sich Berücksichtigung besonderer Fälle zur Verfügung des Reichsministers des Innern. Anträge auf Zumeisung aus dem Referendatsfonds werden zweckmäßig durch die Hand der obersten kirchlichen Behörde geleitet.

Vor einer Regierungsumbildung in Polen. Man erwartet nach in dieser Woche eine Umbildung der Regierung, und zwar sollen das Finanzministerium, das Eisenbahnministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Ministerium für soziale Fürsorge neu besetzt werden. Der „Kurjer Warszawski“ meldet, daß die Verhandlungen über eine amerikanische Anleihe beendet seien. Polen sollte 150 Millionen Dollars erhalten. Die oppositionellen Blätter betonen, daß die Anleihe von der Morganbank finanziert werden soll und zu äußerst schweren Bedingungen abgeschlossen worden sei. Sie werde durch die Pöle, das Tabakmonopol und die Urwälder von Belomische garantiert.

Berichtigung. In dem gestern von uns wiedergegebenen Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes sind infolge eines technischen Versehens in dem Satz über die Pflichten der deutschen Regierung einige Worte ausgespart. Der Satz muß richtig heißen: Es ist Pflicht der deutschen Regierung, den kapitalistischen Widerstand gegenüber gerechten Reparationsforderungen zu brechen“ usw. Die Anschuldigung der „Roten Fahne“, daß wir den Aufruf des IGB geächtet hätten, ist so kindisch, daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen.

Amlicke Devisenkurse.

	30. August		29. August	
	(Gold-) Kurs	(Papier-) Kurs	(Gold-) Kurs	(Papier-) Kurs
1 holländ. Gulden	4300200	4330900	2938850	2947350
1 argent. Pap.-Peso	3551100	3583900	2403975	2416025
1 belgischer Franc	519700	521300	359100	360900
1 norweg. Krone	1796500	1804500	1218050	1228050
1 dänische Krone	2044875	2055125	1396500	1403500
1 schwedische Krone	2952800	2967400	1993000	2005000
1 finnische Mark	707230	708770	209475	210325
1 japanischer Yen	5394550	5393450	3640575	3659125
1 italienische Lire	473800	481200	323190	324210
1 Pfund Sterling	49875000	50125000	33915000	34385000
1 Dollar	10972500	11027500	7481250	7518750
1 französisch. Franc	622440	625580	430920	433050
1 brasilian. Milreis	1039395	1044005	682290	685710
1 Schweizer Franc	1973050	1984950	1356000	1363400
1 spanische Pesta	1478300	1488700	1007475	1012525
100 österr. Kr. (geft.)	15561	15679	10678	10827
1 tschechische Krone	323190	324810	219450	220550
1 ungarische Krone	615.05	616.05	418.95	421.05
1 bulgarische Lewa	108740	104280	77805	78195
1 jugoslaw. Dinar	115710	116290	77805	78195

Abgenutzte Kostbarkeiten.

Die Wirtschaftstatistiker schreiben langatmige Abhandlungen über den Verbrauch der Lebensmittel der einzelnen Völker und Bevölkerungsschichten. Als Zeichen unserer Not mühte man aber einmal die Gegenstände bewerten, die verkauft werden — oder, zuweilen richtiger ausgedrückt, die man zu verkaufen wagt.

Auf dem Lebensmittelgebiet sieht man eine ungeheure Zunahme von Ersatzmitteln. Aus den Schaufenstern verschwinden die Waren mehr und mehr und leere Schachteln (nur „Atropen“) und Ersatzstoffe nehmen ihre Stelle ein. Kostbarkeiten, wie chinesischen Tee, sieht man jetzt nur noch in winzigen kleinen Lütchen. Der Inhalt hat meistens ein ehrwürdiges Alter, er ist oft Staub und Grus. Die Lütchen aber sind funkelndglänzend. Ebenso geht es mit einigen Gewürzsorten. Da kommen nun Gemüser, die das Zweifeln gelernt haben, zu der Ansicht, daß trotz der hohen Papier- und Druckpreise sich die Anschaffung solcher Lütchen lohnt, um alte Ware wertbeständig zu verkaufen. Auf dem Kleidermarkt hat sich dieses „Unter-der-Hand-Kaufen“ fest eingebürgert. Wächst ein Kind aus einem Bekleidungsstück heraus, so kommt es heute oft vor, daß das zu kurz gewordene Kleid usw. sofort gegen Bezahlung im Bekanntenkreis weitergegeben wird. Und wenn irgend jemand an dem Parterrefenster, dem Hauseingang oder seiner Vorplatztür einen Zettel anbringt: „Ein Kleid zu verkaufen“, so soll er von Kaufstüßigen überlaufen werden. Denn viele, viele können überhaupt nicht mehr daran denken, sich etwas Neues anzuschaffen.

Mit Schuhen ist es wohl am schlimmsten bestellt. Darum sieht man jetzt auf den Wochenmärkten Händler, die schiefgetretene, sondern oft von irgendeinem Schuster-Dilettanten notdürftig geflickte Schuhe feilbieten. Und dieses Schuhzeug, mag es noch so unansehnlich sein, wird gekauft. Ein Beweis für bitterste Not. Abfälle aller Art sind jetzt wertvoll. Sie scheinen es um so mehr zu sein, als man heute im Zeichen der Papiermark jede Sache auf unglaublich kleine Bruchteile von Goldpfennigen berechnen kann. Auch ist der freihändige Spielzeugverkauf gang und gäbe. Zwischen Seisenauslagen, in Friseurläden, in der Nähe von Brennspritus und Petroleum, vielerorts sitzen Puppen mit ihrem Preiszettel um den Hals. Dem Teufel ergeht es gleich. Mag sein Spiel noch so abgeschafft, noch so zerfallen sein, gegenwärtig will man ihn verkaufen. Es gilt eben als ganz selbstverständlich, daß die Kinder arbeitender Eltern sich heute mit abgepielten oder mit den von den Eltern mehr oder minder behesamlich hergestellten Sachen begnügen müssen. Aber auch Kinder werden in der Zeit der Not mehr denn je Erfinder, und unter Zuhilfenahme der Phantasie schaffen sie sich selbst die feinsten Spielsachen, die sie oft höher schätzen als die fabrikmäßig hergestellten Dugendwaren.

Vom Weg abgekommen.

Verhängnisvolle Folgen eines Straßenbahnunfalles.

Durch eine infolge eines Straßenbahnunfalles erlittene schwere Kopfverletzung ist der Kaufmann Richard Eich aus dem sechsten Gleichgewicht geraten und hat in der Folgezeit eine Reihe strafbarer Handlungen begangen, die ihn wiederholt vor den Strafrichter gebracht haben. Schließlich ist er sogar zum Hotelräuber geworden. Bis zu dem Unfall hatte der eine sehr angesehenen Beamtenfamilie entstammende Angeklagte sich tadellos geführt. Wiederholt ist Eich wegen größerer Betrügereien, Wechseltäuschungen und Diebstahl unter Anklage gestellt worden, wurde aber stets wegen Geisteskrankheit freigesprochen und schließlich in eine Irrenanstalt gebracht. Von dort entwich er wieder.

Großes Aufsehen erregte vor längerer Zeit ein Vorfall im Hotel Continental, wo er bei einem Einbruch abgefaßt worden war. Den Kellnern, die ihn gefesselt hatten, versetzte er mehrere Messerstiche in den Leib, und es gelang ihm, zu entfliehen. Einige Zeit darauf versuchte der Angeklagte einen Einbruch in ein Zimmer des Hotels Hehr. Er wurde dabei gefaßt und suchte wieder zu entfliehen. Dem Kellner, der ihn festhalten wollte, hielt er einen Revolver vor und drohte ihm mit Erschießen. Mit dem Revolver in der Hand wollte Eich das Hotel verlassen, wurde jedoch von dem Portier gefaßt. Eich feuerte auf den Gegner, und der Portier ließ deshalb von ihm ab. Bei der Verfolgung auf der Straße schoß der Angeklagte erneut, bis er schließlich von zwei Polizeibeamten festgehalten wurde. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten wegen versuchten Einbruchs im Hotel Hehr auf Grund eines Gutachtens von Professor Dr. Straßmann zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III erging sich Sanitätsrat Dr. Leppmann als Sachverständiger im Gutachten dahin, daß § 51 auf den Angeklagten anwendbar sei. Dem Angeklagten fehlte jede Spur von Einsicht. Es handelte sich um eine Erkrankung des Gehirns. Daraufhin kam die Strafkammer, entsprechend dem Antrage der Verteidigung, zur Freisprechung des Angeklagten. Der Sachverständige erklärte den Angeklagten jedoch für gemeingefährlich.

Geldstrafe für Wucher.

Die Gerichte gehen immer mehr dazu über, als Wertmesser für Geldstrafen Sachwerte festzusetzen. Mehrfach sind bereits die den Angeklagten auferlegten Bußen nach dem Wert von Wertgegenständen oder Kaugen bemessen worden. Gestern verurteilte das Wuchengericht II den Landwirt Schütze aus Hohenlehn wegen wucherischer Preistreiberei mit 1000 Mark und 1000 Mark Kartoffeln zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen und zwei Millionen Mark Geldstrafe. Für die Gefängnisstrafe wurde dem Angeklagten eine Bewährungsfrist zugewilligt gegen Zahlung einer Buße, deren Höhe auf den Großhandelspreis von zehn Zentner Kartoffeln festgelegt wurde. Das ist eine Strafe, die der ehrenwerte Landwirt vermutlich aus der Westentasche bezahlen wird, da sie jetzt nicht mehr als etwa 18 Millionen Mark beträgt. So lange Preistreiberei und Wucher noch mit Geldstrafen gebüßt werden können, werden diese Verbrechen nicht abnehmen.

Vom Rangierzug überfahren und getötet.

Am Mittwoch nachmittag wurde auf dem Wege von der Herzbergstraße zum Stadion Richtenberg der Schüler Axel Björner, 1913 geboren, Wirtschstr. 47 wohnhaft, dicht vor dem Stadion, wo die Gleise der Industriebahn den Weg kreuzen, von einem Rangierzug überfahren. Dem Jungen wurden beide Beine abgefahren sowie der linke Arm. Er war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht. Die Kriminalpolizei ist mit der Untersuchung der Schuldfrage, die nach offen steht, beschäftigt. Der Schüler befand sich mit der Schule auf einem Ausflug nach dem Stadion. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß P. mit dem Stiefelobahn in den Schienen stehen blieb und es ihm trotz Hilfe eines Mitschülers, der bei Herannahen des Zuges davon eilte, nicht gelang, sich aus der Lage zu befreien. Es ist unbegreiflich, daß die Männer auf der Maschine nicht den kleinen Jungen in seiner hilflosen Lage gesehen haben.

Blindenkreuz und Blindensignal.

Um Blinde vor Unglücksfällen zu bewahren, werden diese in Zukunft auf der linken Brustseite ein Erkennungszeichen von 5 Zentimeter Durchmesser mit einem weißen Kreuz auf rotem Grunde tragen. Ferner werden sie, um Beome und Passanten auf sich aufmerksam zu machen, beim Ueberqueren der Straße ein langes und ein kurzes Pfeifensignal abgeben.

Die Einrichtung ist in Verfolg einer Anregung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt getroffen worden. Aus diesem Anlaß möchten wir auch im Namen aller Blinden, Kriegsbeschädigten und Krüppel an die Wagenlenker, Chauffeure, Radfahrer und Handwagenführer die Bitte richten, ihren körperlich behinderten Mitmenschen besondere Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme zu widmen.

Erneute Festsetzung der Septembermiete.

Erhebung der 28 000fachen Grundmiete.

Der Magistrat hat sich, wie das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen mitteilt, in seiner gestrigen Sitzung, nachdem der Oberpräsident gegen die am Freitag vergangener Woche beschlossenen Abänderungsbeschlüsse Einspruch erhoben hatte, erneut mit der Festsetzung der Septembermiete beschäftigt. Entsprechend dem Einspruch des Oberpräsidenten sind folgende Sätze beschloffen worden:

Für Zinsdienst die 0,4fache Grundmiete, für Verwaltungskosten in einfachen Häusern die 4000fache Grundmiete, in Häusern mit Warmwassererwärmung oder Sammelheizung oder Fahrstuhl, wenn eine dieser Einrichtungen im Betriebe ist, die 4700fache, in geschlossenen Häusern sowie in Häusern mit Sammelheizung und Warmwassererwärmung und Fahrstuhl, wenn mindestens zwei dieser Einrichtungen im Betriebe sind, die 5500fache und in Geschäfts- und Industriehäusern, die nicht von der Zwangswirtschaft befreit sind, für nicht gewerblich, nicht zu Bureau, Geschäften oder ähnlichen Zwecken benutzten Räume ebenfalls die 5500fache Grundmiete. In diesen Zuschlägen sind die Kosten für die Hausangestellten und die Kosten für das Reinigungsmaterial nicht enthalten. Für gewerbliche, zu Bureaus, Geschäften oder ähnlichen Zwecken benutzte Häuser ist in Geschäfts- und Industriehäusern einschließlich der Kosten für das Reinigungsmaterial die 4000fache Grundmiete als Zuschlag für Verwaltungskosten zu zahlen. Bei diesen Häusern werden, wie bisher, die Löhne der Hausangestellten auf die Miete umgelegt. In den Häusern, in denen die Mieter am 1. Juli 1914 die gesamte Hausreinigung selbst auszuführen hatten, ebenso in einzelnen Häusern, in denen später sämtliche Mieter eine dahingehende Verpflichtung übernommen haben, ist die 1500fache Grundmiete als Zuschlag für Verwaltungskosten zu zahlen. Haben die Mieter nur die Treppenreinigung übernommen, so beträgt der Zuschlag die 2000fache Grundmiete.

Für laufende Instandsetzungsarbeiten ist als Zuschlag die 24 000fache Grundmiete festgesetzt worden. Im übrigen ist es bei den Zuschlägen und Höchstfähigen verblieben, die der Magistrat in der Sitzung vom 24. August beschloffen hatte, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Löhne der Hausangestellten — abgesehen von Geschäfts- und Industriehäusern — gemäß dem Einspruch des Oberpräsidenten nicht auf die Miete umgelegt werden. Diese sind vielmehr in der Zuschläge für Verwaltungskosten mitenthalten. Am 1. September haben daher die Mieter in einfachen Häusern an festen Zuschlägen rund das 28 000fache (genau das 28 000,4fache) der Grundmiete zu zahlen. Die Bekanntmachung wird in einer am 30. August erscheinenden Sonderausgabe des Gemeindeblattes, das im Rathaus, Zimmer 80b, käuflich zu erhalten ist, veröffentlicht werden.

Zur Fortführung der Nord-Südbahn.

Einschränkung der Straßenbahn auf 30 Linien.

In dem Haushaltsausschuß der Stadterordnetenversammlung wurde heute über eine Vorlage des Magistrats beraten, der weitere Mittel für die Fortführung der Nord-Südbahn anforderte. Dabei unternahm die Rechte einen heftigen Vorstoß gegen den Oberbürgermeister und verlangte kategorisch, daß die Stadt Berlin die weiteren Mittel für die Fortführung der Nord-Südbahn nicht mehr wie bisher auf dem Wege über das Reich durch Kreditgewährung des Reiches, sondern auf dem Wege über Aktienausgabe unternehmen solle. Der Oberbürgermeister trat diesen Forderungen scharf entgegen und betonte, daß die Aufbringung der Mittel für die Bahn durch Stadt und Reich den Interessen der Bevölkerung viel mehr entsprechen würde, und daß bei Ausgabe von Aktien die Gefahr bestände, daß die Stadt ein gutes, gesundes, vollwertiges Unternehmen zum großen Teile gegen schlechtes Papiergeld aus der Hand zu geben gezwungen wäre. Der Haushaltsausschuß beschloß trotzdem mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Linke im Sinne eines Antrages Michaelis, der vom Magistrat eine Vorlage über die Ausgabe von Aktien erwarbt.

Ueber die Regelung der Straßenbahnangelegenheit konnte im Haushaltsausschuß heute nicht mehr verhandelt werden. Wie wir hören, besteht beim Magistrat nach wie vor die Absicht, die Linienführung der Straßenbahn vollständig zu ändern und auf circa 30 bis 35 Linien einzuschränken. Die Beratungen mit den Sachverständigen über diese neue Linienführung sollen heute zu Ende gehen und morgen der Verkehrsdeputation vorgelegt werden. Die Direktion der Straßenbahn hat der Verkehrsdeputation eine Vorlage zugehen lassen, in der die Unterlegen für die Erhöhung des Straßenbahntarifs sowohl auf 150 000 wie auch auf 200 000 M. beigebracht werden. Auch darüber wird die Verkehrsdeputation morgen beschließen müssen.

Stadterordnetenfraktion. Die für heute abend einberufene Fraktionsfraktion findet nicht um 8 Uhr, sondern um 6 Uhr statt.

Zu dem Raubmord in der Fürstenberger Straße wird mitgeteilt, daß der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauß gestern mittag die Leiche der ermordeten Frau Boß in Gegenwart der Kriminalpolizei obduziert hat. Die Annahme, daß die Frau erzwängt worden sei, erwies sich als richtig. Das Kehlkopfgewebe war ihr eingebrochen. Es zeigten sich auch andere Verletzungen, die von stumpfer Gewalt herrühren. Die Chilenewski versuchte bei ihrem Verhör auch weiter nach ihrem Geliebten Hermann Sadecki und dessen Bruder Otto der Mittäterschaft zu beschuldigen. Diese konnten aber nachweisen, daß sie zur Zeit der Tat anderswo waren und weder mit dem Morde noch mit dem Raube etwas zu tun haben. Sie wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, die Chilenewski dagegen wegen Mordes und Raubes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Selbstmord eines jungen Lübeders. In der Oberspree beim Ruderklubhaus Hellas in Treptow wurde gestern Abend ein herrenloses treibendes Ruderboot entdeckt. In dem Ruderboot lag ein Herrenschlupfer, eine Brieftasche mit 671 000 M. und ein an Frau School in Lübeck, Krähenstr. 2/4, adressierter Brief mit dem Bemerkt auf der Rückseite: „Kinder wird gebeten, diesen Brief zu expedieren.“ Briefschreiber ist Willy School. Es liegt höchstwahrscheinlich Selbstmord vor. Ein Bootverleiher in der Nähe hatte drei Stunden vorher das Boot gegen eine Million Pfund an einen jungen Mann, der sehr aufgereggt war, vermietet. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Massenvergiftung durch Pferdefleisch.

Nach dem Genuß von Pferdefleisch sind in Hannover-Binden etwa 50 Personen, darunter mehrere Familien, unter schweren Zophusererscheinungen erkrankt. Eine Frau ist bereits gestorben. Im Sterben liegt ein Kind. Die ärztlichen Feststellungen haben ergeben, daß es sich um Paratyphus handelt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. Der Fall erinnert an den vor längerer Zeit in der märkischen Stadt Freienwalde vorgekommenen der gleichen Art.

Wetter bis Freitag mittag.

Wolkig und ungemütlich. Teilweise aufklarend, aber sehr unbedeutend und etwas kühl mit wiederholten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

